

Befürworter und Gegner der zweiten Gotthardröhre liefern sich ein Gefecht mit Argumenten **SEITE 16**

Kinder seit 1870: Ein Fotoband sammelt schweizweit Eindrücke **SEITE 17**

Streit um Preise und Vorräte

Die Befürworter der Spekulationsstopp-Initiative relativieren die vom Bund geförderten Lagerprojekte

Mit besseren Speichern sollen sich arme Länder vor Preissprüngen bei Nahrungsmitteln schützen. Der Bund investiert weiterhin in solche Projekte. Ihr Verhältnis zur Spekulation ist aber umstritten.

DAVIDE SCRUIZZI

Die Volksinitiative «keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» will durch einen Eingriff in die Terminmärkte den ärmsten Teil der Weltbevölkerung vor steigenden Preisen schützen. Doch der angestrebte Ausschluss reiner Finanzinvestoren ist umstritten. Viele Gegner der Initiative sehen denn in der Verbesserung der Vorratshaltung vor Ort ein besseres Mittel, um Hunger zu bekämpfen. Die Schweiz ist schon seit Jahrzehnten in diesem Bereich aktiv – allerdings vor allem mit kleinräumigen Projekten, zumal just grosse, staatlich kontrollierte Lager die Gefahr bergen, dass Länder mit Exportrestriktionen ihrerseits steigende Preise auslösen, wie dies in der Vergangenheit im Fall von Russland beobachtet wurde (siehe Grafik).

Fokus auf Kleinbauern

Die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (Deza) verweist auf Projekte in den 1980er und 1990er Jahren in Mittelamerika. Dabei wurde versucht, mit lokal hergestellten Metallsilos nicht nur die Nachernteverluste wegen Schimmel-

Spekulationsstopp

Eidgenössische Abstimmung vom 28. Februar 2016

oder Insektenbefalls zu verringern, sondern auch das Auftreten der Kleinbauern auf den Märkten zu verbessern. Während diese einst gezwungen waren, ihre Ernte gegen Ende der Saison zu einem tiefen Preis zu veräussern, können sie mit den Silos die Ware lagern und erst gegen Ende der Trockenzeit zu einem deutlich höheren Preis verkaufen. Heute stehen laut der Deza mehr als 600 000 Silos auf Betrieben von Kleinbauern in Nicaragua, Honduras, El Salvador und Guatemala. «Das aggregierte antizyklische Marktverhalten dieser Kleinbauernfamilien hat zu einer messbaren Stabilisierung der saisonalen Preisschwankungen in der ganzen Region geführt», sagt Georg Farago, Sprecher des Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA). Die Silos hätten auch regionale Versorgungsschocks abfedern können, die von den internationalen Märkten ausgegangen seien.

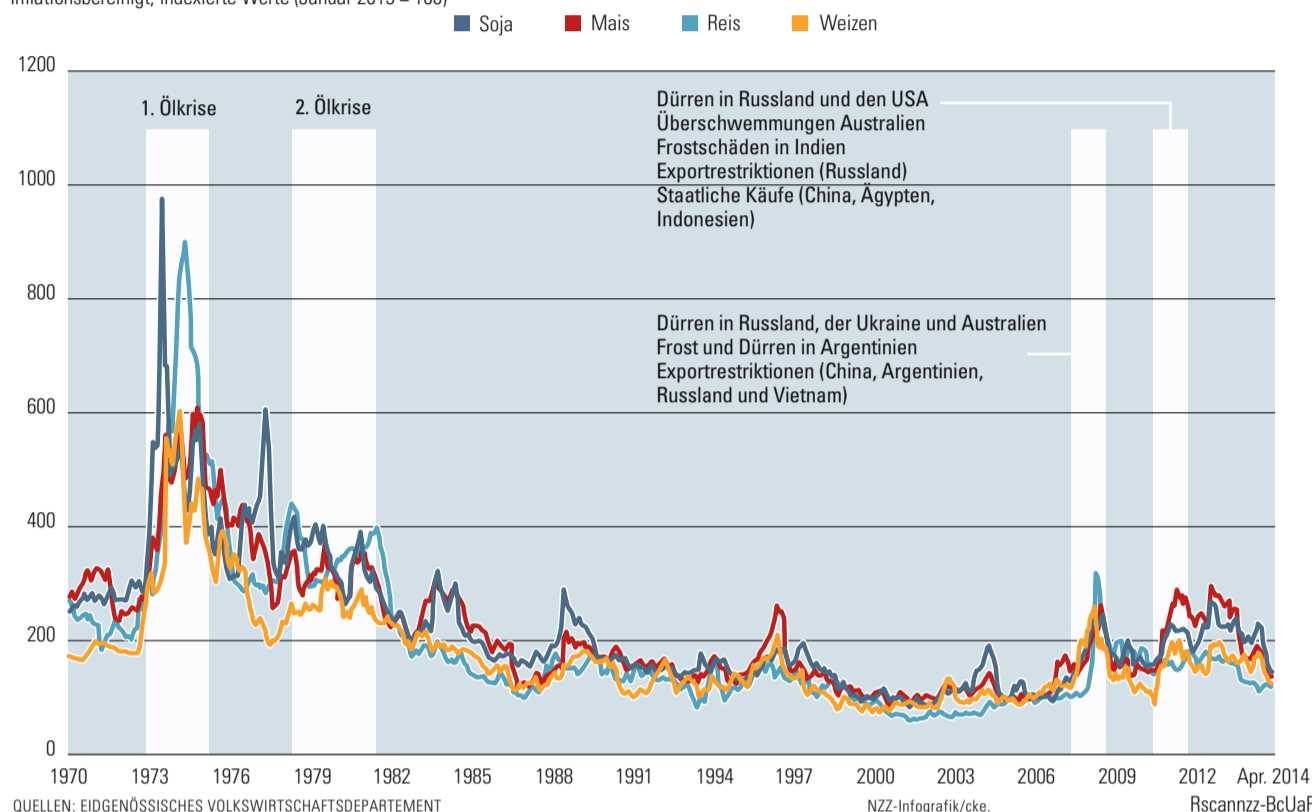
Aufgrund dieser Erfahrung fördert die Deza zusammen mit der Welternährungsorganisation (FAO) nun ähnliche Projekte in Afrika. Bei der Deza verweist man auch auf das nach der Nahrungsmittelkrise von 2008 und 2011 von der G-20-Gruppe angestossene Agrar Market Information System (AMIS). Dieses internationale Beobachtungssystem soll heikle Preisentwicklungen orten und allenfalls koordinierte staatliche Interventionen auslösen, gerade auch mit Blick auf die Lagerhaltung.

Einen ähnlichen Weg öffnet die Deza, wenn sie Länder Südostasiens beim Aufbau eines Informationssystems unterstützt, das wetterbedingte Mangellagen bei der Reisernte erkennt.

Auch Gegner der Spekulationsstopp-Initiative begrüssen Massnahmen im Bereich Lagerkapazitäten und Information. Die verschiedenen Finanzmärkte (Aktien, Währungen, Rohstoffe) werden von Investoren zunehmend vernetzt gedacht, Kapital wird rasch von einem

Preisaufschläge bei Nahrungsmitteln lassen sich auch mit Umweltfaktoren erklären

Inflationsbereinigt, indizierte Werte (Januar 2015 = 100)



Markt in den anderen verschoben, also etwa vom Ölmarkt in den Nahrungsmittelsektor. «Das hat die Struktur der Nahrungsmittelmärkte verändert, nachdem sich diese einst stark durch eine konstante Nachfrage auszeichneten», sagt Reto Föllmi, Professor am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung der Universität St. Gallen. Der Ökonomie-Professor gibt zu: «Es sind Situationen denkbar, in denen kurzfristig Preisschwankungen durch Spekulanten ausgelöst werden, doch liegt es in der Natur der Märkte, dass diese Ausschläge durch das Auftreten von Gegenparteien mit Gegenkontrakten wieder aufgefangen werden.» Als Massnahmen für solche Fälle seien in armen Ländern die Realisierung von Lagerkapazitäten und eine breitere Diversifizierung der lokalen Wirtschaft sinnvoll, sagt Föllmi.

Tiefe Gräben in der Debatte

Doch die Befürworter der Spekulationsstopp-Initiative lassen sich damit nicht abspesen. Kronzeuge der Initianten für die These von den preistreibenden Spekulanten ist derzeit der deutsche Ökonom Heiner Flassbeck. Er hat in einer Studie für die Uno-Konferenz für Welt- und Entwicklung (Unctad) dargestellt, wie Investoren in Rohstoffmärkten einem Herdentrieb folgen. Dass eine wachsende Nachfrage der Finanzinvestoren nach Derivaten letztlich nur zu kurzzeitigen Preissprüngen führen könne, bestreitet Flassbeck. Das Problem seien Preisblasen, die sich über mehrere Jahre erstrecken – die jüngste «Preisblase» habe zwischen 2008 und 2012 gedauert. Aus Sicht von Flassbeck muss man Unmengen von Waren horten, um gegen solch lange andauernde Volatilitäten etwas auszurichten. Darum sei der Aufbau von Lagerhallen letztlich kein Gegenmittel.

Bei kaum einer anderen Volksinitiative gehen die Gegner und Befürworter von so fundamentalen Grundannahmen aus wie bei der Spekulationsstopp-Vorlage. Umstritten ist nämlich bereits die Frage, ob ein grosser Zustrom von Investoren an den Terminmärkten für Weizen, Mais oder Kakao die Preise nachhaltig verändern kann – denn immerhin geht es jenen Investoren gar nicht darum, die Güter aufzukaufen; vielmehr werden Derivate gekauft, die

ihre Wette auf bestimmte Preise darstellen. Mit solchen handelbaren Kontrakten sichern sich Produzenten von Nahrungsmitteln und ihre Abnehmer gegen Preisschwankungen aufgrund von variablen Ernten ab. Gegen dieses Prinzip hat niemand etwas einzuwenden. Aus Sicht der Gegner der Spekulation hat aber die Öffnung der Terminbörsen für branchenfremde Investoren ab den 1990er Jahren zu einem Zuwachs an Kapital in diesen Märkten geführt, der Preissprünge auslöste, unter denen Menschen in Entwicklungsländern gelitten haben. Die Initianten wollen denn Finanzinvestoren von den Terminmärkten wieder ausschliessen.

Ein starker Zufluss von Investoren, die ständig auf steigende Preise setzten, sorgt für eine faktische Entkopplung der Preisentwicklung vom realen Angebot und der realen Nachfrage, sagt Flassbeck. «Selbst wenn der Kontrakt als solcher Verluste generiert, weil zum Beispiel der Derivate-Preis anders als erwartet unter dem Preis zum Zeitpunkt der Fälligkeit liegt, kann man noch einen Gewinn verbuchen, wenn die allgemeine Erwartung herrscht, die Rohstoffpreise würden weiter ansteigen», so Flassbeck. Irgendwann werde es für alle Investoren tatsächlich zu teuer, und die Preise glichen sich den realen Verhältnissen an. Doch, so Flassbeck, Menschen, die auf diese Nahrungsmittel angewiesen sind, könnten nicht warten, «bis die lange Frist abgelaufen ist, nach der sich die Verzerrungen ausgleichen».

Nützliche Spekulanten

Doch sind wirklich die Spekulanten die Schuldigen und nicht vor allem Umwelteinflüsse? «Das Problem aller empirischen Studien zur Auswirkung der Spekulation ist der Umstand, dass man ja die gleiche Situation nicht zwei Mal durchspielen kann, mal ohne, mal mit Spekulation», sagt Reto Föllmi von der Universität St. Gallen. Unter theoretischen Gesichtspunkten sei aber eine preissteigernde Wirkung der Spekulation auszuschliessen. Eher sei es so, dass zusätzliche Investoren und damit liquider Märkte die Kosten für die preisliche Absicherung senkten, zugunsten der Produzenten und Abnehmer von Nahrungsmitteln. Föllmi erwähnt zudem Erhebungen über die bisherigen empirischen Untersuchungen, die auch

gegen eine destabilisierende Wirkung von Spekulation sprächen. Matthias Huss und Marco Haase vom Zentrum für Unternehmensverantwortung und Nachhaltigkeit an der Universität Zürich haben etwa bei mehreren Weizenbörsen genau analysiert, welcher Anteil der Marktteilnehmer jeweils «überschüssig» spekuliert hat, gemäss der Definition der Juso also ausgeschlossen werden müsste. Der Befund: Die Volatilität der Preise hat an allen Börsen in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Doch bei jenen Börsen und zu jenen Zeiten, in denen besonders viele branchenfremde Spekulanten aufgetreten seien, sei die Volatilität im Vergleich zu anderen Börsen weniger stark gestiegen bzw. gedämpft worden.

Einig sind sich Gegner und Befürworter, dass ein Verbot in der Schweiz mit einem Ja zur Initiative auf internationaler Ebene unmittelbar nichts ändern dürfte, zumal die entsprechenden Börsen alle im Ausland liegen und Handelsfirmen ihre betroffenen Abteilungen aus der Schweiz abziehen könnten. Doch werten die Befürworter der Initiative die weltweite politische Signalwirkung eines Ja als hoch.

Mehr Spekulation

dsc. · Eine von den Urhebern der Spekulationsstopp-Initiative publizierte Studie versucht die Beteiligung von Schweizer Banken an Termingeschäften mit Nahrungsmitteln zusammenzufassen. Demnach verwalten die wichtigsten Banken rund 5 Milliarden Franken an Nahrungsmittel-Investitionen – das wären trotz sinkenden Preisen 1,4 Milliarden mehr als vor zwei Jahren. Dieser Befund steht im Widerspruch zu Aussagen der Credit Suisse zur Reduktion der eigenen Aktivitäten. Spekulationsstopp-Befürworter Heiner Flassbeck sieht indes den Rückzug der Spekulanten als Grund für den Rückgang der Weltmarktpreise. Die Gegner der Initiative sehen hingegen bessere Ernten sowie den tiefen Erdölpreis als Grund für die sinkenden Preise. Im Gegenzug wurden die Preissprünge im letzten Jahrzehnt laut der bundesrätlichen Botschaft zur Initiative im Wesentlichen durch Dürren, Unwetter, aber auch durch vereinzelte Exportrestriktionen ausgelöst.

Babyklappe im Wallis eröffnet

Seit Montag hat auch die Westschweiz eine Babyklappe. Verzweifelte Mütter können im Spital Sitten ihre Säuglinge anonym abgeben. Zudem ist die Möglichkeit einer vertraulichen Geburt geschaffen worden.

Jü. · Es ist die erste Babyklappe in der Westschweiz: Nach Einsiedeln, Bern, Davos, Olten, Zollikon und Bellinzona können Mütter ihre Neugeborenen nun auch im Spital Sitten abgeben. Das Fenster befindet sich an einer wenig frequentierten Passage in der Nähe der Notaufnahme und der Pädiatrie. In Einsiedeln, wo es das Babyfenster bereits seit 2001 gibt, sind bisher 12 Neugeborene übergeben worden. Wird ein Kind in die Babyklappe gelegt, wird sofort Alarm ausgelöst, und es erhält innert weniger Minuten Betreuung. Später werden der Jugendschutz informiert und die Formalitäten für eine Adoption vorbereitet.

Die Initiative im Wallis geht zurück auf den ehemaligen SVP-Grossrats-suppleanten Michael Kreuzer. Ihm sei die Idee 2012 gekommen, als damals ein Baby in Bern auf einer Mülldeponie gefunden worden sei. Die Mütter würden oft weite Strecken auf sich nehmen, um das Baby übergeben zu können. Der Standort Sitten sei unbestritten gewesen, sagte Kreuzer gegenüber Radio Rottu Oberwallis. In der politischen Diskussion habe es zwar Einwände gegen das Babyfenster gegeben, weil das Recht des Kindes, seine Herkunft zu kennen, unter Umständen nicht gewährleistet sei, wenn die Mutter keine Angaben hinterlasse. Trotzdem habe insgesamt das Recht des Kindes auf Leben in den Überlegungen überwogen.

Im Spital Sitten können Frauen seit dem 1. Februar ausserdem anonym gebären. Die sogenannte «vertrauliche Geburt» ist ein wichtiger Pfeiler, um den Müttern in einer Notlage auch schon vor der Geburt eine bessere Hilfe anzubieten, sagte die Walliser Gesundheitsdirektorin Esther Waeber-Kalbermaten am Montag an einer Medienkonferenz. Auch während der Schwangerschaft würden Frauen so medizinisch und psychologisch unterstützt.

Babyklappen sind nicht unumstritten: In verschiedenen Kantonen, beispielsweise im Kanton Thurgau, in St. Gallen und Basel-Landschaft, wurde explizit auf ein Babyfenster verzichtet. Diese werden von der Schweizerischen Hilfe für Mutter und Kind (SHMK) finanziert, die sich vehement gegen die Abtreibung einsetzt. Stattdessen wird in diesen Kantonen auf die vertrauliche Geburt gesetzt: Es erlaubt den Müttern, ihre Kinder nicht im Versteckten, sondern betreut auf die Welt zu bringen, zudem wird dem Kind nicht das Recht genommen, zu wissen, woher es kommt.

ANZEIGE



«Das Tessin ist ein Teil der Schweiz. Wir können es nicht drei Jahre lang durch die Schliessung der wichtigsten Strassenverbindung vom Rest des Landes abhängen.»

gotthard tunnel sicher ja+

gotthard-tunnel-ja.ch
Überparteiliches Komitee «Gotthard Tunnel sicher JA», 3001 Bern